

UNTERSUCHUNG LÄUFT**Sowjet-Drohne stürzte in Zagreb vom Himmel**

Drohne war nach Irrflug der Sprit ausgegangen. Laut Experten kam sie aus der Ukraine.

Ein Flugobjekt stürzte in der Nacht auf gestern in einem Park am Stadtrand von Zagreb ab. Verletzt wurde niemand. Experten identifizierten das Wrack als Tu-141 „Strizh“, eine Aufklärungsdrohne aus der Sowjetära. Das 14 Meter lange und sechs Tonnen schwere unbemannte Objekt sei mit einer Geschwindigkeit von 700 km/h von Ungarn kommend in den kroatischen Luftraum eingedrungen, teilten die Behörden mit. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.

Offenbar war die in den 1970er-Jahren in der Sowjetunion entwickelte Drohne über der Ukraine vom Kurs ab-



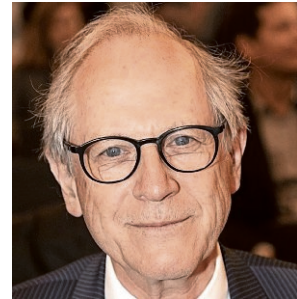
gekommen und nach rund 1000 Kilometern Flug über mehrere Staatsgrenzen hinweg wegen Spritmangels abgestürzt. Die Ukraine bestreitet, dass es sich um ihre Drohne handelte. Allerdings soll das Land die Tu-141 im Krieg gegen Russland im Einsatz haben. Die russische Armee behauptete erst gestern, eine solche Drohne über der Krim abgeschossen zu haben. AFP

FLÜCHTLINGE**Länder bekommen mehr für Grundversorgung**

Info-Points für Geflüchtete, sie haben nun vollen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Der Hauptausschuss des Nationalrats hat die Verordnung verabschiedet, die den Umgang mit Flüchtlingen aus der Ukraine regelt. Sie ist die Grundlage, damit Schutzberechtigte aus dem Staat zunächst ein Jahr in Österreich bleiben und arbeiten können. Nur die FPÖ stimmte dagegen. Demnach haben Betroffene nun vollen Zugang zum Arbeitsmarkt, spezielle Service- und Info-Stellen

sollen Ankommenden Orientierung geben. Für ihre Grundversorgung mit Unterkunft, Essen und Co. bekommen die Länder künftig mehr Geld. Mit dem Bund hat man sich bei den Kostenhöchstätzen in der Grundversorgung auf eine Anpassung von 21 auf nun 25 Euro geeinigt. Laut Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) geben 75 Prozent der Angekommenen an, weiterreisen zu wollen.



„Technischer Zugang ist perfekt isolierbar. Auch Information abzuschotten, ist keine Hexerei.“

Reinhard Posch



Facebook & Co. sind großteils abgedreht, zahllose Webseiten offline. Doch Russland baut nicht nur die Zensur aus, es bastelt auch an eigener Internet-Infrastruktur. Jetzt wird weiter verschärft.

Von Thomas Golser und Markus Zottler

Facebook geht gar nicht mehr, Twitter nur über komplizierte Umwege und bei TikTok dürfen russische Nutzerinnen und Nutzer keine neuen Videos mehr hochladen.

Binnen Tagen verloren die größten sozialen Netzwerke in Russland ihre Daseinsberechtigung, die digitalen Stammtische leerten sich. Einerseits auf Bestreben der Techkonzerne selbst, andererseits verschärfen russische Behörden zusehends die digitale Zensur im Land. Russland hat dabei nicht nur die populären Dienste und digitalen Nachrichtenseiten im Auge, es geht zunehmend auch um Infrastruktur.

Seit Freitag etwa müssen die Betreiber staatlicher Online-Dienste und Webseiten auf russische Infrastruktur ausweichen. Die weltweit

beherrschende Technologie zu zentraler Datenspeicherung, die Cloud-Dienste von Amazon, Google und Microsoft, dürfen nicht mehr verwendet werden. Selbiges gilt für die Analyse-Werkzeuge von Google & Co. Auch die DNS-Server – eine Technologie, die aus einer IP-Adresse eine merkbare Domain, etwa www.kleinezeitung.at, macht – müssen fortan in Russland angesiedelt sein. Lauter Maßnahmen, die vermehrt die Frage aufwerfen, ob Russland sich bald völlig von der internationalen Netzgemeinde loslösen wird. Ein gangbarer Weg?

„Der technische Zugang ist perfekt isolierbar. Auch Information abzuschotten, ist technisch keine Hexerei“, sagt dazu Reinhard Posch, Informatiker, langjähriger TU-Graz-Forscher und „Chief In-

formation Officer“ der Bundesregierung. Auch in Österreich hätten etwa Ministerien aus Sicherheitsgründen ihr eigenes, von außen nicht zugängliches Netz. Zu bedenken sei aber, dass in Folge einer Abschottung auch „nur noch eigene Services angeboten werden können“. In Russland könnte das besonders schwer wiegen. Immerhin hat sich die dortige Zivilgesellschaft längst an die „westlichen“ Online-Dienste gewöhnt. Posch: „Die Leute werden schnell frustriert sein, wenn etablierte Services nicht mehr gehen“. Und sich nicht zuletzt der vernetzte Tesla-Wagen nicht mehr auf- und zusperren lässt.

Auch Thomas Lohninger, Netzaktivist bei der Grundrechtsplattform Epicenter Works, betont die gesellschaftspoliti-

sehen Dimensionen für Russland: „Ein freies und offenes Internet ermöglicht dem Grunde nach den weltweiten Austausch aller Menschen über Ländergrenzen, Ideologien, Klassen oder Bildungsgrad hinweg“. Diese Völkerverständnis sei „friedensstiftend“ und werde „durch Abschottungstendenzen unterlaufen“. Insgesamt geht es Epicenter Works vor allem darum, „starken Datenschutz in unserer Gesellschaft zu verankern und auf die Einhaltung der Menschenrechte im Digitalen zu drängen“.

Davon sei in Russland keine Spur: „Dort sind die unabhängigen Nachrichtenquellen oft nur noch über das Internet oder soziale Netzwerke erreichbar. Vor diesem Hintergrund wäre eine Abschottung Russlands ein sehr gefährlicher Schritt, der vor-

allem die Menschen im Land trifft.“

Aber ist es nun realistisch, dass sich Russland vom globalen Netz abkoppelt? „Eine komplette Abschottung nach chinesischem Vorbild erscheint uns kurzfristig nicht sehr realistisch“, sagt Lohninger. „Die Ankündigungen der Medienbehörde können als Aufforderung zur Vorbereitung russischer Webseiten-Betreiber auf künftige Sanktionen verstanden werden.“

Es sei essenziell, die russische Bevölkerung nicht noch stärker von unabhängiger Berichterstattung über den Krieg abzuschneiden. Derzeit sei das für die Menschen nur über das Internet und Anonymisierungsnetzwerke wie „Tor“ möglich. Mit der Einschränkung des Netzzugangs steige auch die Wahrchein-

lichkeit von Menschenrechtsverletzungen. „Wikipedia etwa gerät angesichts seiner unabhängigen Information über den Angriffskrieg Russlands stark unter Druck“, so Lohninger.

Für Moritz Yvon von den Internet Service Providers Austria (ISPA) gibt es zwei extreme Beispiele für das Kapten des Netzes: „China setzt massivste Internetzensur ein, die Rede ist von der 'Großen Firewall'. In Nordkorea gibt es ein eigenes 'Intranet' nur für dieses Land. Das bedeutet: kein Datenfluss nach außen, keiner nach innen.“ In Russland gäbe es aktuell zumindest noch „Fluchtrouten, über die man sich Informationen holt“, so Yvon. Die zurzeit gefragtesten Programme sind VPN-Dienste, die Datenströme über ausländische Server umleiten und verschleiern.



„Die Abschottung vom Internet wäre ein sehr gefährlicher Schritt, der vor allem die Russen trifft.“

Thomas Lohninger



Zieht sich Russland bald selbst den Stecker? AS

Wie Putin sein Land vom Weltnetz nehmen will